

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/6943 —

Unterstützung des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf dem Gebiet der Funktechnik durch den Bundesgrenzschutz

1. In wie vielen Fällen hat der Bundesgrenzschutz (BGS) in den letzten zehn Jahren auf Anforderung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) den Betrieb von Funkanlagen durch fremde Nachrichtendienste oder die vom BfV zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen erfaßt (bitte nach Jahren und Anlässen auflisten)?
2. In wie vielen Fällen hat der BGS in den letzten zehn Jahren auf Anforderung von Landesämtern für Verfassungsschutz (LfV) den Betrieb von Funkanlagen durch fremde Nachrichtendienste oder die von den LfV zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen erfaßt (bitte nach Jahren, Anlässen und Bundesland auflisten)?
3. In wie vielen Fällen hat der BGS in den letzten zehn Jahren auf Anforderung des BfV die funkbetriebliche Auswertung des Funkverkehrs fremder Nachrichtendienste oder der vom BfV zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen vorgenommen (bitte nach Jahr und Anlaß auflisten)?
4. In wie vielen Fällen hat der BGS in den letzten zehn Jahren auf Anforderung von LfV die funkbetriebliche Auswertung des Funkverkehrs fremder Nachrichtendienste oder der von den LfV zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen vorgenommen (bitte nach Jahren, Anlässen und Bundesland auflisten)?
5. In wie vielen Fällen hat der BGS in den letzten zehn Jahren auf Anforderung des BfV die funkbetriebliche Auswertung von Unterlagen, Geräten und Aufzeichnungen, die bei dem Betrieb von Funkanlagen durch fremde Nachrichtendienste oder die vom BfV zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen vorgenommen (bitte nach Jahren und Anlässen auflisten)?
6. In wie vielen Fällen hat der BGS in den letzten zehn Jahren auf Anforderung von LfV die funkbetriebliche Auswertung von Unterlagen, Geräten und Aufzeichnungen, die bei dem Betrieb von

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 15. April 1994 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Funkanlagen durch fremde Nachrichtendienste oder die von den LfV zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen vorgenommen (bitte nach Jahren, Anlässen und Bundesland auflisten)?

7. Wie viele Datensätze, wie viele Meter Akten mit personenbezogenen Daten sind bei der Ausführung dieser Aufgaben in den letzten zehn Jahren angefallen?

Die Fragen sind einer öffentlichen Erörterung nicht zugänglich.

8. Seit wann hat der BGS für das BfV und die LfV diese Aufgaben wahrgenommen?

Der Bundesgrenzschutz nimmt diese Aufgaben seit 1955 wahr.

9. Hat der Bundesdatenschutzbeauftragte Kenntnis von diesen erhobenen, gespeicherten und weiterverarbeiteten Daten?
- a) Wenn ja, seit wann, und welche Haltung hat er dazu eingenommen?
- b) Wenn nein, wieso sind dem Bundesdatenschutzbeauftragten diese Daten vorenthalten worden?

Soweit der Bundesgrenzschutz für das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig wird, dient dies der Aufdeckung von Funkverbindungen von Agenten fremder Nachrichtendienste und von verfassungsfeindlichen Organisationen sowie von deren Bemühungen zur Feststellung von Funkverbindungen der Sicherheitsbehörden. Die Gruppe Fernmeldewesen des Bundesgrenzschutzes wird insofern für das Bundesamt für Verfassungsschutz in einer Art von Organ- oder Institutsleihe tätig. Soweit im Einzelfall auch personenbezogene Daten im Rahmen der Funkbeobachtung anfallen, werden diese durch das Bundesamt für Verfassungsschutz erhoben.

Dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz ist die Unterstützung des Bundesamtes für Verfassungsschutz durch den Bundesgrenzschutz bekannt. Die angefallenen personenbezogenen Daten unterliegen selbstverständlich seiner Prüfkompetenz.

10. Wie oft, und in wie vielen Fällen ist die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) unterrichtet worden (bitte nach Jahren auflüsseln)?
11. Seit wann, und mit welcher Begründung sind die Wahrnehmung von Aufgaben durch den BGS Gegenstand der PKK, und wo wurde dies wie geregelt?

Die Parlamentarische Kontrollkommission nimmt ihre Aufgabe entsprechend dem seit 1978 geltenden, 1993 geänderten Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes wahr. Einzelheiten hierzu können der Natur der Sache gemäß nicht mitgeteilt werden.

12. Wie verhält sich die Bundesregierung dazu, daß weder die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch die Gruppe der PDS/Linke Liste in der PKK vertreten und somit von einer Kontrolle ausgeschlossen sind?

Die Bundesregierung verweist auf das in der Antwort auf die Fragen 10 und 11 genannte Gesetz. Sie gibt zu Entscheidungen, die das Parlament nach diesem Gesetz hinsichtlich der Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission trifft, keine Erklärungen ab. Vergleiche im übrigen die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. Dezember 1983 (BVerfG 66, 26 f.) und vom 14. Januar 1986 (BVerfG 70, 324 f.); vor allem Leitsatz 9 des Urteils vom 14. Januar 1986: „Jedenfalls aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes kann es verfassungsrechtlich hinzunehmen sein, daß einzelne Fraktionen bei der Besetzung eines Ausschusses unberücksichtigt bleiben.“

13. Wie hat die Bundesregierung bisher die Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung des BGS für das BfV oder die LfV, insbesondere nach Art und Umfang der Aufgaben sowie die erforderliche technische und organisatorische Abgrenzung zu den sonstigen Aufgabenbereichen des BGS geregelt?
14. Auf welcher gesetzlichen Grundlage geschah dies?

Einrichtung und Aufgaben des hier angesprochenen Teiles des Bundesgrenzschutzes sind in einer Dienstvorschrift geregelt. Die erforderlichen technischen und organisatorischen Vorkehrungen sind demgemäß getroffen. Diese Gruppe des Bundesgrenzschutzes wird für den Verfassungsschutz in einer Art von Organ- oder Institutsleihe tätig (vgl. Antwort auf Frage 9); maßgeblich für die Unterstützungstätigkeit ist das für die Tätigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz geltende Recht. Es ist vorgesehen, zur Klärstellung eine entsprechende Vorschrift in das Bundesgrenzschutzgesetz aufzunehmen.

